

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1900

1.2.1900 (No. 25)

werden Gästen einen Beweis echter politischer Toleranz für welchen wir ihnen zu tiefem Danke verpflichtet sind. So frank und frei, wie nur irgendwo außerhalb Deutschlands es sein kann, nehmen auch wir an dem Jubel Theil, der heute in Deutschlands Gauen ertönt über das wiedererstandene deutsche Reich.

Auf das zweite von einem Studierenden ausgebrachte Hoch auf Kanton und Universität erwiderten der Staatsratspräsident und der Rektor der Universität. Beide Herren gebachten in warmen Worten des deutschen Kaisers, dessen Besuch hier in der Schweiz immer noch in guter Erinnerung steht, der deutschen Wissenschaft, sowie der socialen Thätigkeit der deutschen Katholiken. Lebhafter Applaus lohnte den Vortragenden des Studentenausschusses, als er, ein Franzose, zwar mit etwas französischer Accentuirung, aber in grammatisch fehlerfreiem Deutsch seinen Toast auf die deutschen Kommunitäten ausbrachte. Das kleine Wortkommis zeigt, daß es hier eriens keine Minderzahl unter den verschiedenen Nationalitäten gibt, und daß zweitens Freiburg ein sehr geeigneter Ort ist, um sich eine fremde Sprache wirklich anzueignen. Alles in Allem hat der Kommerz, wie auch die Bepredungen der hiesigen Presse zeigen, bei allen Theilnehmern, Deutschen wie Nichtdeutschen, den schönsten Eindruck hinterlassen.

Deutschland.

Berlin, 29. Januar.

In der Budgetkommission des Reichstages brachte der Centrumsabgeordnete Müller-Fulda die Ausschreitungen von Offizieren der Schutztruppe in Südafrika zur Sprache; er erwartete eine strenge Bestrafung. Der Berichterstatter Abg. Prinz Franz Arenberg (Centr.) schloß sich dem Vortrager an und gab seinen Absichten vor allen Reichstagsmitgliedern Ausdruck. Kolonialdirektor Dr. von Büchsa bedauert die Ausschreitungen. Die Verwaltung thue das Möglichste, um etwaige Wiederholungen zu verhindern. In dem Falle des Prinzen Prosper Arenberg habe das Kriegsgericht gesprochen; sein Spruch sei aber noch nicht bekannt. Der Berichterstatter der Kommission ist bekanntlich ein Vetter des Prinzen Arenberg.

In Reichstagskreisen erzählt man, der „Straßburger“ zufolge, daß der Gesandte von Transvaal, Dr. Leyds, der dieser Tage eine Konferenz mit dem hiesigen russischen Botschafter hatte, sich von hier aus nach Petersburg, wo er ebenfalls akkreditirt ist, begeben wird.

Der evangelische Oberkirchenrat hat, in „Tägl. Rundsch.“, den zum Pater der neugebildeten deutschen evangelischen Gemeinde in Rom berufenen Bischof Briffan vor die Wahl gestellt, entweder die Gemeinde zu verlassen oder als Geistlicher einer Seite aus dem Verbände der Landeskirche auszuscheiden.

Wie der „Nordb. Allg. Ztg.“ aus Wien gemeldet wird, brachte Kaiser Franz Josef bei dem Galabiner zu Ehren des Geburtsstages des deutschen Kaisers folgenden Trinkspruch aus: „In unrunder Anhänglichkeit und unerschütterlicher Treue trinke ich auf das Wohl meines treuen Freundes Kaiser Wilhelm.“

Ausland.

Büsch, 30. Jan. Von einer Anzahl schweizerischer Industrieller, Kaufleute und Akademiker wird von Büsch aus ein offener Brief an die schweizerische Presse verfaßt, worin Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß die öffentliche Meinung der Schweiz immer mehr auf Seite der beständigen Feinde Englands sich stelle, dessen Verdienste um die Integrität der Schweiz bei verschiedenen Anlässen und um die Humanität überhaupt hervorzuheben werden. Der Brief schließt mit einem indirekten Appell an die Presse, die bestrebte Nation mit all der Würde und dem Wohlwollen zu behandeln, womit Englands Staatsmänner und Volk seit der Väter Zeiten die Schweiz behandelt hätten. (F. 3.)

Paris, 30. Jan. Der Ministerrat hat über das Flottenprogramm Anfanglich war die Gesamtausgabe auf 800 Millionen berechnet worden, später hat man sie auf 750 Millionen herabgesetzt. Da aber noch andere Ausgaben, hauptsächlich für die Legung von Kabeln, benötigt werden, glaubt man doch auf eine Gesamtforderung von 900 Millionen zu kommen. Der „Matin“ berichtet über die Pläne folgende Einzelheiten: Wie schon mehrfach erwähnt, glaubt der Finanzminister alles aus dem Ordinarium decken zu können, indem er die Ausgaben auf 6 bis 7 Jahre vertieft. Er glaubt, daß die Staatseinnahmen und die Ueberflüsse nicht zurückgehen werden. Wachsende Einnahmen erhofft man aus den Eisenbahnen und der Abnahme der Zinsgewähr, die der Staat den Gesellschaften bezahlt. Dazu kommen die verfügbaren Tilgungsquoten, da die meisten Verschreibungen zurückgezahlt sind. Endlich stehen aus verschiedenen Ministerien etliche ersparte Posten zur Verfügung. Für die Vermehrung der Flotte sind sechs gepanzerete Schwimmschiffe von 14,500 Tonnen bis 15,000 Tonnen, 6 gepanzerter Kreuzer von gleichem Lonnengehalt, sowie Torpedos und Unterseeboote in größerer Anzahl vorgesehen. Die Befestigungsbauten beziehen sich auf die Inseln Kuesant, Croix und Belle-Isle, den Bau von Trocadenots in Orest und Orient, die Verkleinerung der Durchfahrt von Orient, die Verbesserung des Oberlaufes der Charente, die Verkleinerung der Molen von Cherbourg und Brest. Die Arbeiten für Ojerta, Mer-el-Stebrir und Diego-Suarez sind ebenfalls vorgesehen. Schließlich wurde der gesammte Gesetzentwurf über die Verstärkung der Marine und die Küstenverteidigung angenommen. — Ueber die Bischöfe und Geistliche, welche für die Assunzionisten Stellung genommen haben, wurde die Gehaltssperre verhängt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 30. Januar.

24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Präsident Günner eröffnet die Sitzung 9^{1/2} Uhr. Am Regierungstisch: Sämmtliche Minister.

Gmläufe: Bitte der etatmäßigen Beamten in Willingen um Einreihung der Stadt Willingen in die 2. Ortsklasse des Wohnungsgeldes.

Fortsetzung der Finanzdebatten.

Abg. Dieterle bekümmert sich als Anhänger der Landestreditschasse, sieht aber auch die Schwierigkeiten ein, die der Einführung entgegenstehen, auch liege ein absolutes Bedürfnis nicht vor; die Befestigung der Dienstboten wäre viel notwendiger. Wenn der persönliche Kredit der Landwirthe gehoben wird, so würde damit auch dem Nealkredit einigermaßen gehoben. Bei schlechten Jahren muß leider öfter zu letzterem gegriffen werden, um das Betriebskapital zu beschaffen.

Für den persönlichen Kredit sind in erster Reihe die ländlichen Kreditkassen da, für welche die Regierung sehr viel getan habe und thue, wofür er im Namen der Landwirtschaft danke. Die ländlichen Kreditkassen wirken sehr gut, insbesondere durch die Beihilfen des Staates. Dadurch wurde auch die Spannung des Zinsfußes etwas gelindert. Diese staatlichen Beihilfen mögen also stets im Budget bleiben. (Der Finanzminister nickt zu.) Die neue Einrichtung, daß mit den Annuitäten bei der Rheinischen Hypothekenbank auch eine Art Lebensversicherung verbunden werden kann, sei sehr zu begrüßen; sie muß aber erst im Volke bekannt gemacht werden. Die Darlehensbedingungen der Rheinischen Hypothekenbank werden wohl auch noch gemäßigter und verbessert werden können, wie das ja auch schon bisher geschehen ist. Die Prophezeiung Fieser's, daß die liberale Fraktion auch wieder einmal auf diese Seite des Hauses herübergreifen werde, werde sich wohl hoffentlich nicht erfüllen; Fieser werde in dieser Hinsicht zu den schlechten Propheten gehören. Agitation wird auf allen Seiten, bei allen Parteien getrieben, und wenn bei den letzten Wahlen nach den früheren Gespögenheiten gehandelt worden wäre, dann hätten wohl noch einige liberale Abgeordnete besichtigt werden können, denn objektiv betrachtet, lagen in Nassau und auch in Konstantz wie in Eberbach-Buchen recht gewichtige Ansetzungsgründe vor, viel wichtigere Gründe, als jene der Nonnenweierer Ortsstelle, wo man die Wahl ungeschieht, weil die Schelle angeblich nicht gehört wurde. Wenn wir nicht so handeln, so liegt das in unserer besseren politischen Erziehung, und verdient Anerkennung. Fieser hat den Ministern aller Ressorts für ihre Geschäftsführung gedankt; das thun wir auch. Wie schön wäre es aber, wenn die Großh. Regierung auch in politischer Hinsicht allseitige Anerkennung ausgesprochen werden könnte. Die politische Freiheit ist doch auch ein Kapital, mit welchem die Regierung rechnen muß. In der Wahlrechtsfrage sei auch er für eine Mittellinie, aber diese muß doch liegen zwischen dem bisherigen Zustand und dem Zustand, den wir erstreben, aber nicht auf einem Gebiet, das weit hinter uns liegt; darauf aber führen die Vorschläge der Regierung, wie der national-liberalen Partei hin. Mehr Zugehörigkeiten sollte die Regierung auch auf kirchenpolitischen Gebieten zeigen, und den wohlwollenden Worten auch einmal wohlwollende Thaten folgen lassen. Die seit Jahren stattfindenden Missionen haben den Beweis geliefert, daß die Ordensleute den konfessionellen Frieden nicht tödren, und auch sonst das Staatsinteresse nicht schädigen. In ihrem Kloster sind diese Männer aber ganz dieselben Leute, wie auf den Missionen, und es kann gewiß keine Gefahr darin liegen, wenn sie in ihrem Kloster zuhause bleiben. Nebenbei sei bemerkt, es möge doch auch hinsichtlich der Eintragung des kirchlichen Eigentums in die Grundbücher der Kirche mehr Recht zu Theil werden; es ist doch ganz natürlich, daß Kirchen und Kirchenplätze, Kirchthürme und Glocken Eigentum der Kirche sein sollen, denn alle diese Dinge wurden ja nur für die Kirche geschaffen. Die oberen Behörden sollten in dieser Hinsicht eine Befähigung besitzern, wie es auch den unteren Behörden nahegelegt worden ist. Friedlich unlösliche Streitfragen sollten gerichtlich entschieden werden, aber nicht durch die Verwaltungsbehörden, denn diese treten da in der Regel als Partei auf, die nicht nach den Rechtsregeln entscheidet, sondern nur das Interesse der Gemeinde im Auge hat, sondern durch die bürgerlichen Gerichte. Uebrigens ist sehr bedenklich, die Kirche werde es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, möge es der Staat ebenso halten und dadurch das Zusammenarbeiten, von dem der Staatsminister gestern so schön sprach, ermöglichen, der Segen wird nicht ausbleiben. Dem Unterrichtsminister habe Abg. Fieser ebenfalls großes Lob gesprochen; er stimme bei, möchte aber bitten, daß das badische Oberland, namentlich die Seegegend, mehr mit Bildungsanstalten bereichert werde, und möge der Minister auch dahin wirken, daß bei Anstellung von Gelehrten auf die Konfession keine Rücksicht mehr genommen werde, und daß jene Professoren-Dinge brechen, welche nur solche Gelehrte in ihre Reihen zulassen, welche mit ihrem positiven christlichen Glauben in ihrem Leben wenigstens gebrochen haben. Dann solle an den Mittelschulen etwas mehr auf Religion und Tugend gehalten werden; wenn man Flottenvereine den Schülern gestatte, solle man auch kirchliche Kongregationen erlauben, marianische und Missionskongregationen, wie sie früher auch bestanden, und die Schüler, welche ihnen angehören, waren nicht die schlechtesten, wie auch der Herr Staatsminister weiß. In Verbot habe also keinen Sinn und nehme sich geschäftig und schlaues aus und hoffe nicht mehr in unjere Zeit, wo es so notwendig ist, jede Laufrichtigkeit fernzuhalten. Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrhunderts; begraben wir also den Kleingeldgrümpel einer alten Zeit, und beginnen wir eine Zeit des Friedens und einträchtiger Zusammenarbeit, namentlich auch in Baden, das wird dem ganzen Land und Volk zum Segen gereichen. (Bravo!)

Minister Eisenlohr: Die Laufrichtigkeit des katholischen Volkes über die Eintragung des kirchlichen Eigentums ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Leute über die Verfügung des Ministers des Innern falsch aufgeklärt wurden; es wurde behauptet, der Minister wolle die Kirche ihres Eigentums berauben, und das sei keineswegs der Fall, er habe nur angeordnet, daß kirchliche Eigentums- oder Nutzungfragen zc. der Gemeinden gleichzeitig geregelt werden. Der katholische Oberkirchenrat sei, 3. gewissermaßen tumultuärlich vorgegangen und habe die Leute aufgeregt und so scharfem Verleumdung geführt. Es folgte dann eine persönliche Aussprache mit dem Präsidenten des Oberkirchenrates. Und schließlich habe man auch eine Grundlage zur friedlichen Einigung gefunden, und freilich sei nur noch, ob die Streit durch das Verwaltungsgericht oder die ordentlichen Gerichte entschieden werden sollen. Daß die Bezirksämter parteiisch seien, müsse er zurückweisen; die Interessen der Gemeinden zu wahren sei ihre Pflicht, wie auch seine Pflicht.

Abg. Seppert empfiehlt in warmen Worten den Ankauf der Neuchalabahn durch den Staat; die Frage wird nach und nach auf und die beteiligten Faktoren haben ein großes Interesse daran, daß diese bald nach ihrem Wunsche geregelt wird. Sehr wichtig ist auch die Fortführung dieser Bahn in das Herz der dortigen sehr waldreichen Gegend. Ohne die Fortführung der Bahn wird die Holzindustrie sehr geschädigt, da die jetzigen Frachten zu hoch sind, und die Holzhändler konkurrenzunfähig machen. Die Nutzung der Gänderrinnen ist fast ganz ruiniert. Dazu kommt, daß in jener Gegend auch der Fremdenverkehr eine sehr große Rolle spielt, der ebenfalls unterjügt werden sollte, und

mit dem erhöhten Güterverkehr auch der Rentabilität der vorderen Bahnstrecke zu Gut komme. Die Nothlage der Landwirtschaft erkenne er an, sie werde aber oft noch durch Wasserhaden zc. sehr erhöht, wie das namentlich auch in seinem Wahlbezirk vorgekommen sei, und er möchte die betreffenden Gemeinden sehr dem Wohlwollen der Regierung empfehlen. Nebenher kommt sehr eingehend auf das Weingeseh und die jetzige Weinschmirerei zu sprechen. Das jetzige Geseh genüge nicht, es liege durch die Gestattung der Weinverbesserung der Weinschmirerei nur Vorbehalt. Letztere bringe Weine in den Handel, die gar keine Weine mehr seien, und mit Recht nenne der Volkswitz die Häuser, wo solche Weine gemacht werden, die „Wasserpaläste“. Die Konkurrenz zwischen dem Weinschmirer und dem Winger werde mit sehr ungleichen Waffen geführt; die kleinen, armen Weinbauern müssen unterliegen, Vertrauen und Glauben in die Rechttheit der Weine gehen nach und nach ganz verloren; bei uns ist dieser Glaube Gott sei Dank noch vorhanden; um ihn zu erhalten und den realen Wein zu schätzen, sei unbedingt eine scharfe, allgemeine Kellerkontrolle notwendig; diese höre sich lästig an, sei aber nicht so gefährlich, wie sie bei uns schon in den Patentkellern, und sie sei eben absolut nötig. Sehr notwendig und vorteilhaft ist die Unterstützung des Obstbaues, der der Landwirtschaft neue und stark fließende Einnahmequellen eröffnet, wie seine Heimath am besten beweise, wo jährlich Millionen für Obst eingenommen werden. Daß der Minister hierfür mit „vollen Händen“ geben wolle, habe ihn sehr gefreut. Der Schälindenbetrieb ist leider sehr zurückgegangen durch die Konkurrenz des Quebrachholzes, das rascher gerbt, aber auch schlechter, zum Nachtheil des Publikums, deshalb läßt die Militärbehörde nicht mehr mit Quebrachholz gerben. Aber auch die Einfuhrung von Rinde aus Oesterreich und Ungarn macht unserer Rinde große Konkurrenz, deshalb sollte der Zoll hierauf, wie auch auf das Quebrachholz, erhöht werden. Der neue Hagelversicherungsvortrag mit norddeutschen Gesellschaften scheint ihm nicht ungünstig zu sein, allein nach und nach sollten wir uns doch auf eigene Füße stellen und dafür sorgen, daß nach 10 Jahren ein Kapital für eine eigene Versicherung angeammelt ist, damit uns nicht wieder einmal der Stuhl vor die Thüre geleitet wird. Eine Landestreditschasse wäre auch ihm sympathisch, er sehe aber ein, daß sie sich nicht so leicht einführen läßt, dennoch muß er konstatieren, daß die Rheinische Hypothekenbank in Mannheim thatsächlich nicht genügt, schon deshalb, weil sie vielen Landwirthen zu weit abliegt; die Leute haben ihre Darlehen lieber in der Nähe, schon des Zinsabzuges wegen. Vielleicht ließen sich die Sparbanken anweisen, bis zu einem gewissen Grade umfängliche Darlehen auszugeben. Die Landwirtschaft hat eine Entleerung ihres Kredites thatsächlich nötig, aber auch für Gewerbe und Handel solle nach dieser Richtung gesorgt werden. Er freue sich mit dem Hause über unsere günstige Finanzlage und hoffe, daß sie in einer noch allen Seiten dem Volkswohl dienlichen Weise verwertet werde. (Bravo.)

Abg. Kriechle dankt dem Finanzminister für die Bahnvorträge für den Bezirk Vornborn und bekämpft dann die Einführung einer Landestreditschasse, indem er nachzuweisen sucht, daß die Sparbanken dem vorhandenen Kreditbedürfnisse vollständig genügen; der Nealkredit sei vollständig gesättigt, und die ländlichen Sparbanken müssen vielmals suchen, ihr Geld in den Städten unterzubringen. Es sei jetzt schon den Sparbanken gestattet, umfängliche Darlehen abzugeben, allein die Landwirthe verlangen sie nicht, obwohl die meisten Sparbanken die Bedingungen möglichst leicht machen, und auch den persönlichen Verhältnissen der Schuldner weitgehendere Rechnung tragen, als es ein Centralinstitut thun könnte.

Abg. Armbruster anerkennt, daß sehr viel für die Beamten geschehen ist, doch angesichts der großen Zahlen sei auch zu bedenken, daß die Verhältnisse sich veränderten, daß die Bevölkerung sehr zunimmt und die Aufschwüme sich entsprechend vermehren und auch die Wohnungsnoth steig. Letztere zeigt sich nicht bloß in den großen, sondern auch in den kleineren Städten, so daß diese Frage thatsächlich eine brennende geworden ist. Die Mietpreise sind allerwärts gestiegen. Er hoffe deshalb, daß die Frage der Erhöhung der Wohnungsgelder in der Budgetkommission eingehend und gründlich berathen wird, trotz der Bedenken des Finanzministers. Die Befestigung der Wittwenrentenfrage sei ihm ebenfalls sympathisch und er sehe ihn berechtigt. Die Kreditverhältnisse entlang, sei auch er der Ansicht, daß es besser für den Landwirth ist, wenn er seinen Kredit in der Nähe haben kann, von wo aus seine Verhältnisse viel besser gewirkt werden können. Es darf auch nicht unangenehm Kredit verlangt werden; das würde gerade zur Verhinderung der Landwirtschaft führen, wie es in den 50er Jahren zum Schaden der Landwirtschaft vielfach der Fall war. Jetzt ist die Landwirtschaft in den großen Geldmarkt hineingezogen worden, und darunter leidet sie; das ist eine Thatsache. Die Getreidefrucht von Amerika nach Mannheim ist billiger, als beispielsweise von Regensburg nach Mannheim; auch darunter muß naturgemäß die Landwirtschaft leiden. Der Verwaltungen der Eisenbahnen spreche er seine Anerkennung aus. An Geometer ist leider ein Mangel, der sich namentlich für die neuen Grundbücher und Lagerbücher sehr nachtheilig erweist, was sehr zu bedauern ist. Der Geometerstand sollte besser gestellt sein, damit mehr Leute zuzugewinnen. In diesem Punkte bleibe, und er hoffe, daß dies bei Regulierung des Gehaltstarifs geschehen werde. Auf einige Einzelheiten werde er bei der Specialberatung zurückkommen.

Abg. Müller-Welchingen bemerkt, daß sich über die Staatssteuern Niemand beklage, wohl aber vielfach über die hohen Gemeindeforderungen. Darum solle der Staat die Kreise und Gemeinden mehr unterstützen, letztere insbesondere auch bei Massenerforderungen. Dafür seien zwar 200,000 Mark eingestellt, 130,000 Mark seien davon aber schon vergeben und mit den übrig bleibenden 70,000 Mark könne nicht mehr viel gemacht werden, angesichts der vielen Gemeinden, welche noch Staatsunterstützung ermarnten. Bezüglich der Landestreditschasse stehe er so ziemlich auf dem Standpunkt Kriechle's. Nebenher spricht noch über Fülle, Wittwenrentenbeiträge, Wohnungsgelder und findet aber keine Aufmerksamkeit mehr im Hause.

Abg. Dieterle bemerkt dem Minister Eisenlohr, daß die staatlichen Behörden selbst das Volk über die Eintragung des kirchlichen Eigentums aufgeklärt haben; jeder Gemeindeführer, Kirche und Kirchenplätze auf die Kirche einzutragen, wurde umgehoben, und das verlegte das natürliche Rechtsgeseh des Volkes und regte es auf, schon weil das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden dadurch verletzt wurde. Der Minister habe dem kath. Oberkirchenrat ein tumultuäres

Vorgehen vorgeworfen; dagegen müsse er diese Behörde in Schutz nehmen, denn sie sei nichts weniger als tumultuärlich. Sie gab allerdings eine Belehrung heraus, die aber absolut nothwendig und keineswegs tumultuärlich war. Der Oberkirchenrat hat die Rechte der Kirche zu vertreten, insofern ist er allerdings einseitig, die Rechte der Gemeinden werden von anderer Seite gewahrt, auf der man zweiten sehr im Stillen vorging, zum Nachtheil der Kirche, während der Stillschaltung der Einträge wieder umgehoben werden. Wäre die Regierung rechtzeitig mit der Kirchenbehörde in Verbindung getreten, so wäre der Sache die Schärfe genommen geblieben, überhaupt sollte die Regierung nicht immer mit der Schnelligkeit einer Sekundärbahn mit Freiburg verfahren. Das Verhalten der Regierung mußte zu der Annahme führen, es sollte die Kirche geschädigt werden. Einzelne Bezirksämter impuniten den Gemeinden Rechtsansprüche auf Grund einfacher Rechtsvermutungen, und das mußte das Gefühl erregen, als gingen diese Behörden nicht objektiv genug vor. Dafür sprechen eben Thatsachen über die nicht hinweg zu kommen sei. Seine Behauptung, die Verwaltungsbehörden hätten in Streitfällen zu entscheiden, gründete sich auf einen Erlaß, den Nebenher verliest, allein auch der Verwaltungsgerichtshof scheint ihm nicht die richtige Instanz zur Entscheidung zu sein, denn es handle sich hier nicht um ein öffentliches Recht; Kirchen- und politische Gemeinden seien ihrer Privatart und deshalb sollten die Zivilgerichte entscheiden.

Minister Eisenlohr: Alle diese Fragen seien zweifelhaft (Zuruf: nicht wahr!) und diese Zweifel müssen gelöst werden, wenn die Fragen nicht offen gelassen werden sollen; das kann durch ein Geseh geschehen, wie in Württemberg und in Rheinpreußen, wo durch Geseh bestimmt wurde, diese Dinge gingen einfach in das Eigentumsrecht der Kreise über, oder, es sind richterliche Entscheidungen herbeizuführen, oder es ist eine Vereinbarung zu treffen und letzteres habe er vorgezogen und er hoffe, daß dieser Weg zum Ziele führe. Die Gemeinden wurden nur veranlaßt, solange die Sache ruhen zu lassen, bis mit der Kurie eine Form für diese Verträge gefunden sei, und das sei nahezu geschehen, bis auf die Frage, ob es sich hier um ein öffentliches oder ein öffentliches Recht handle; er glaube es handle sich um ein öffentliches Recht. Unfreie Fälle können sofort geregelt werden. Sein Vorgehen sei also durchaus loyal.

Abg. Marnpel trägt eine Reihe von Specialwünschen vor, u. A. betr. die Errichtung einer Redarbrücke bei Ziegelhausen, die so notwendig sei, wie die Brücke bei Eberbach. Nebenher will auch seine Ansicht zur Flottenfrage äußern, eine starke Flotte halte auch er für wünschenswert; sie solle aber viel Geld, und das sollte den Leuten aufgelegt werden, die starke Schützen oder den meisten Vortheil von der Flotte haben und sie zu unterstützen wollen; das seien Industrie und Handel. Er habe auch einmal einen Seceschützer für die frühere Flotte gegeben; der neuen Flotte möchte er wünschen, daß sie nicht auch vergrößert werde (Heiterkeit), wie eine frühere deutsche Flotte. Die Landwirtschaft muß gehoben werden, denn nur auf ihr ruht eine tüchtige Wehrkraft, denn bei ihr beruht nicht das Zweifelhafte wie in Frankreich.

Abg. Burkart tritt warm für die Landwirtschaft ein; sie sei am schlechtesten daran, namentlich wegen des Rentenmangels. Ein Bauer habe ihm deshalb gesagt, man dürfe den Glauben nicht verlieren, sonst werde Ginen das Leben verleidet. Die Hauptfrage sei eine Erhöhung der Schuggölle beim Abschluß der Handelsverträge. Der Staat müsse den Bauern helfen, indem er nicht immer auf die Selbsthilfe verweise. Da könne man ja auch zu den Beamten, die Aufbesserung wollen, sagen: „heißt euch selber.“ (Heiterkeit.) Alle Stände seien begehrt, als die Agrarier. (Heiterkeit.) Die Regierung solle für den Abschluß der Handelsverträge nicht den Herrn Deutsches als Sachverständiger beiziehen, sondern andere Leute. (Heiterkeit.) Nebenher zählt unter mehrfachem Heiterkeit in seinem gemüthlichen Unterland-Bauernbrieff und sehr nach einzelnen Mängeln in der Landwirtschaft auf und spricht sich gegen die Gehaltssaufbesserungen der Beamten aus.

Abg. Wacker glaubt, daß das Agrarierthum, wie es hier zum Ausdruck kommt, nicht jenes Agrarierthum sei, über dessen Begehrtheit mit Recht sehr viel geschrieben wird; es gebe aber in Deutschland ein Agrarierthum, dessen Begehrtheit allerdings gemeingefährlich sei. (Sehr richtig!) Zu den Forderungen unseres Agrarierthums nadig das ganze Haus stets eine fremdbildige Stellung ein. Das Finanzministerium ist jenseits bei uns agrarfreundlicher gewesen; die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft, soweit solche der Vorrede vertritt, haben vorhin nicht zum Lachen gereicht, sondern andere Umsände. Kollege Dieterle habe mit seinen Ausführungen über die Eintragungen kirchlichen Eigentums in's Grundbuch zwei Mal den Nagel auf den Kopf getroffen. Es war unredt, daß Minister Eisenlohr das Vorgehen des kath. Oberkirchenrates als tumultuärlich bezeichnete; diesen Ausdruck hätte er zurückgenommen oder mildern müssen, und es sei auffallend, daß auch der Kultusminister diese Behörde mit seinem Worte in Schutz nahm. Herr Dieterle hat in der Form und in der Sache keinen Anlaß zu solcher Sprache gegeben. Auch Nebenher wünscht, daß alle oberste Entscheidungsinanz die bürgerlichen Gerichte bezeichnen werden. Zur Flottenfrage bemerke er dem Abg. Bistum, daß er, Nebenher, schon Manches vergessen habe, was er sagen wollte; von der Flottenfrage wollte er aber abhändigen das letzte Mal nicht sprechen; er habe öfters schon lange genug gesprochen. Wir hätten aber Alle auf Verörterung dieser Frage recht gut verzichten können. Aus seinem Schweigen könne man indessen seine Schritte auf seine Haltung zur Flottenfrage ziehen. Wenn er mitzuspochen hätte, würde er an der Flottenfrage, so wie sie vorliegt, manchen Daken finden; bestimmter habe er sich eigentlich nicht auszuspochen, da er nicht mitzureden habe. Er würde aber die Deckungsfrage keineswegs so leicht nehmen, wie es da und dort der Fall zu sein scheint. Bedenklich sei auch, daß man eine so außerordentlich wichtige Frage von gestern auf heute auf die Tagesordnung brachte, ferner, daß die Marineverwaltung das Vertrauen in ihre Autorität wesentlich verloren habe. Nicht imponieren könne ihm, daß die Flottenbewegung jetzt nicht nur in die breiten, sondern auch in die unreifen Kreise, unter Anaben und Frauen getragen werde; das wäre es doch besser, es befänden gar keine Flottenverträge. Auch er sei persönlich der Ansicht, daß Deutschland seinen Antheil an dem Welthandel haben, halten und noch vergrößern müsse; das sei nicht erst heute seine Ansicht, sondern schon lange, daraus geht aber nicht hervor, daß man mit der ganzen Flottenpolitik und mit

Abg. Müller-Welchingen bemerkt, daß sich über die Staatssteuern Niemand beklage, wohl aber vielfach über die hohen Gemeindeforderungen. Darum solle der Staat die Kreise und Gemeinden mehr unterstützen, letztere insbesondere auch bei Massenerforderungen. Dafür seien zwar 200,000 Mark eingestellt, 130,000 Mark seien davon aber schon vergeben und mit den übrig bleibenden 70,000 Mark könne nicht mehr viel gemacht werden, angesichts der vielen Gemeinden, welche noch Staatsunterstützung ermarnten. Bezüglich der Landestreditschasse stehe er so ziemlich auf dem Standpunkt Kriechle's. Nebenher spricht noch über Fülle, Wittwenrentenbeiträge, Wohnungsgelder und findet aber keine Aufmerksamkeit mehr im Hause.

Abg. Dieterle bemerkt dem Minister Eisenlohr, daß die staatlichen Behörden selbst das Volk über die Eintragung des kirchlichen Eigentums aufgeklärt haben; jeder Gemeindeführer, Kirche und Kirchenplätze auf die Kirche einzutragen, wurde umgehoben, und das verlegte das natürliche Rechtsgeseh des Volkes und regte es auf, schon weil das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden dadurch verletzt wurde. Der Minister habe dem kath. Oberkirchenrat ein tumultuäres

Vorgehen vorgeworfen; dagegen müsse er diese Behörde in Schutz nehmen, denn sie sei nichts weniger als tumultuärlich. Sie gab allerdings eine Belehrung heraus, die aber absolut nothwendig und keineswegs tumultuärlich war. Der Oberkirchenrat hat die Rechte der Kirche zu vertreten, insofern ist er allerdings einseitig, die Rechte der Gemeinden werden von anderer Seite gewahrt, auf der man zweiten sehr im Stillen vorging, zum Nachtheil der Kirche, während der Stillschaltung der Einträge wieder umgehoben werden. Wäre die Regierung rechtzeitig mit der Kirchenbehörde in Verbindung getreten, so wäre der Sache die Schärfe genommen geblieben, überhaupt sollte die Regierung nicht immer mit der Schnelligkeit einer Sekundärbahn mit Freiburg verfahren. Das Verhalten der Regierung mußte zu der Annahme führen, es sollte die Kirche geschädigt werden. Einzelne Bezirksämter impuniten den Gemeinden Rechtsansprüche auf Grund einfacher Rechtsvermutungen, und das mußte das Gefühl erregen, als gingen diese Behörden nicht objektiv genug vor. Dafür sprechen eben Thatsachen über die nicht hinweg zu kommen sei. Seine Behauptung, die Verwaltungsbehörden hätten in Streitfällen zu entscheiden, gründete sich auf einen Erlaß, den Nebenher verliest, allein auch der Verwaltungsgerichtshof scheint ihm nicht die richtige Instanz zur Entscheidung zu sein, denn es handle sich hier nicht um ein öffentliches oder ein öffentliches Recht handle; er glaube es handle sich um ein öffentliches Recht. Unfreie Fälle können sofort geregelt werden. Sein Vorgehen sei also durchaus loyal.

Abg. Marnpel trägt eine Reihe von Specialwünschen vor, u. A. betr. die Errichtung einer Redarbrücke bei Ziegelhausen, die so notwendig sei, wie die Brücke bei Eberbach. Nebenher will auch seine Ansicht zur Flottenfrage äußern, eine starke Flotte halte auch er für wünschenswert; sie solle aber viel Geld, und das sollte den Leuten aufgelegt werden, die starke Schützen oder den meisten Vortheil von der Flotte haben und sie zu unterstützen wollen; das seien Industrie und Handel. Er habe auch einmal einen Seceschützer für die frühere Flotte gegeben; der neuen Flotte möchte er wünschen, daß sie nicht auch vergrößert werde (Heiterkeit), wie eine frühere deutsche Flotte. Die Landwirtschaft muß gehoben werden, denn nur auf ihr ruht eine tüchtige Wehrkraft, denn bei ihr beruht nicht das Zweifelhafte wie in Frankreich.

Abg. Burkart tritt warm für die Landwirtschaft ein; sie sei am schlechtesten daran, namentlich wegen des Rentenmangels. Ein Bauer habe ihm deshalb gesagt, man dürfe den Glauben nicht verlieren, sonst werde Ginen das Leben verleidet. Die Hauptfrage sei eine Erhöhung der Schuggölle beim Abschluß der Handelsverträge. Der Staat müsse den Bauern helfen, indem er nicht immer auf die Selbsthilfe verweise. Da könne man ja auch zu den Beamten, die Aufbesserung wollen, sagen: „heißt euch selber.“ (Heiterkeit.) Alle Stände seien begehrt, als die Agrarier. (Heiterkeit.) Die Regierung solle für den Abschluß der Handelsverträge nicht den Herrn Deutsches als Sachverständiger beiziehen, sondern andere Leute. (Heiterkeit.) Nebenher zählt unter mehrfachem Heiterkeit in seinem gemüthlichen Unterland-Bauernbrieff und sehr nach einzelnen Mängeln in der Landwirtschaft auf und spricht sich gegen die Gehaltssaufbesserungen der Beamten aus.

Abg. Wacker glaubt, daß das Agrarierthum, wie es hier zum Ausdruck kommt, nicht jenes Agrarierthum sei, über dessen Begehrtheit mit Recht sehr viel geschrieben wird; es gebe aber in Deutschland ein Agrarierthum, dessen Begehrtheit allerdings gemeingefährlich sei. (Sehr richtig!) Zu den Forderungen unseres Agrarierthums nadig das ganze Haus stets eine fremdbildige Stellung ein. Das Finanzministerium ist jenseits bei uns agrarfreundlicher gewesen; die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft, soweit solche der Vorrede vertritt, haben vorhin nicht zum Lachen gereicht, sondern andere Umsände. Kollege Dieterle habe mit seinen Ausführungen über die Eintragungen kirchlichen Eigentums in's Grundbuch zwei Mal den Nagel auf den Kopf getroffen. Es war unredt, daß Minister Eisenlohr das Vorgehen des kath. Oberkirchenrates als tumultuärlich bezeichnete; diesen Ausdruck hätte er zurückgenommen oder mildern müssen, und es sei auffallend, daß auch der Kultusminister diese Behörde mit seinem Worte in Schutz nahm. Herr Dieterle hat in der Form und in der Sache keinen Anlaß zu solcher Sprache gegeben. Auch Nebenher wünscht, daß alle oberste Entscheidungsinanz die bürgerlichen Gerichte bezeichnen werden. Zur Flottenfrage bemerke er dem Abg. Bistum, daß er, Nebenher, schon Manches vergessen habe, was er sagen wollte; von der Flottenfrage wollte er aber abhändigen das letzte Mal nicht sprechen; er habe öfters schon lange genug gesprochen. Wir hätten aber Alle auf Verörterung dieser Frage recht gut verzichten können. Aus seinem Schweigen könne man indessen seine Schritte auf seine Haltung zur Flottenfrage ziehen. Wenn er mitzuspochen hätte, würde er an der Flottenfrage, so wie sie vorliegt, manchen Daken finden; bestimmter habe er sich eigentlich nicht auszuspochen, da er nicht mitzureden habe. Er würde aber die Deckungsfrage keineswegs so leicht nehmen, wie es da und dort der Fall zu sein scheint. Bedenklich sei auch, daß man eine so außerordentlich wichtige Frage von gestern auf heute auf die Tagesordnung brachte, ferner, daß die Marineverwaltung das Vertrauen in ihre Autorität wesentlich verloren habe. Nicht imponieren könne ihm, daß die Flottenbewegung jetzt nicht nur in die breiten, sondern auch in die unreifen Kreise, unter Anaben und Frauen getragen werde; das wäre es doch besser, es befänden gar keine Flottenverträge. Auch er sei persönlich der Ansicht, daß Deutschland seinen Antheil an dem Welthandel haben, halten und noch vergrößern müsse; das sei nicht erst heute seine Ansicht, sondern schon lange, daraus geht aber nicht hervor, daß man mit der ganzen Flottenpolitik und mit

jeder Flottenvorlage einverstanden sein müsse. Er weiß nicht, ob das dem Kollegen Wittum genüge. (Abg. Wittum: Vollkommen!) Doch beschränkte er sich darauf, und bemerkte nur noch, daß bei der Deckungsfrage noch bloß auf die normalen Verhältnisse Rücksicht genommen werden müsse. Die Antworten der Minister auf dem politischen Gebiet haben in der Form sehr freundlich geklungen — bei Wittum ist das die Regel; bei Eisenlohr eine Ausnahme gewesen (Weiterkeit); in haitlich bedeuteten sie aber eine scharfe Ablehnung. Das sei sehr zu bedauern. Zum Schluß des letzten Landtages hieß es, es habe eine Zeit lang zu Beginn jenes Landtages die Gefahr bestanden, als werde es an einem einträchtigen Zusammenarbeiten fehlen; diese Sprache war nicht begründet, denn es wurde damals und auf diesem Landtag sofort wieder erklärt, daß es daran nicht fehlen werde seitens der Kammer. In der Wahlrechtsfrage handelte es sich nur darum, das bestehende Wahlrecht zum naturgemäßen Ausdruck kommen zu lassen. Das zu verhindern sollte man doch jetzt, in der Zeit der Flottenbewegung, unterlassen. So lange das Zweikammersystem besteht, kann von keiner Gefahr der direkten Wahl gesprochen werden. Nichts erregte das Volk mehr, als das Festhalten an einer Sache, die seit Jahren für unhaltbar erklärt ist. Selbst von liberaler Seite wurde die indirekte Wahl als politischer Schädling bezeichnet, als Schale ohne Inhalt; wenn das der Fall ist, hätte doch der Minister die Bemerkung unterlassen sollen, wenn ja jetzt schon eigentlich direkt gewählt werden, könne es ja beim Alten bleiben. Wir lassen an der gleichen Wahl nicht rütteln und werden auch der Wahl durch Bürgerentschlüsse nicht zustimmen. Das steht principell fest. Der Umstand, daß bei Gemeindevahlen sonst gemischte Parteien sich zuweilen bilden, um Wahlkämpfe hinhinzuziehen, ist ein Beweis dafür, daß man die politischen Kämpfe auf den Rathhäusern nicht will. Wenn die Regierung kein Verständnis dafür hat, so ist das sehr bedauerlich. Der Staatsminister hat allerdings nicht direkt gesagt, daß die Männerorden den konfessionellen Frieden stören, allein er ist gegen die Zulassung, weil er davon eine Störung des konfessionellen Friedens fürchtet und weil die konfessionellen Verhältnisse zur Zeit gespannte seien. Das kann doch nur die Katholiken angehen, denn die Protestanten werden durch die Orden nicht berührt. Die Protestanten müssen es sich gefallen lassen, daß der katholische Theil der Bevölkerung sich in seinem Rechte frei bewegt, ohne in das protestantische Recht einzugreifen. Dafür sollte die Regierung den Protestanten eben Verständnis beibringen; um uns wird der konfessionelle Frieden nicht gefährdet; die Erfüllung unserer Rechte darf nicht abhängen von den Wünschen der Andersgläubigen. Das Politische und kirchliche und kirchenpolitische wurde in Baden tatsächlich sehr oft vermengt — obwohl es der Staatsminister bestreiten wollte. Unter Jolly war das sehr oft der Fall, und seit das Centrum stärker geworden ist, lief die ganze Taktik der Regierung darauf hinaus, das Centrum zu sprengen, und um das zu erreichen, hat bis auf den heutigen Tag die Vermengung von Politischem mit kirchlichem eine große Rolle gespielt. Und er lege wiederholt Protest dagegen ein, daß die Bewilligung kirchlicher Vorhaben von dem Verhalten des Centrums abhängig gemacht werde. Die Haltung der Großh. Regierung ist es, welche das Centrum nöthigt, unter allen Umständen eine antinationalliberale Kammermehrheit zu erstreben und bei den Wahlen darauf zu schauen; die Regierung selber gab und gibt also den Wahlkämpfen die Signatur, welche sie seit Jahren gehabt haben. Diese Haltung der Großh. Regierung wird auch die Erfüllung der freierischen Hoffnung auf Stärkung der liberalen Fraktion verhindern. Das Alles würde anders, wenn sich die Regierung auf das kirchenpolitische Gebiet von 1880 stellen und auch in der Wahlrechtsfrage entgegenkommen wollte, die angebliche Laie in Sachen der Wahlrechtsänderung werde er dann zusehen und nicht sein diesbezügliches Versprechen rascher einlösen, als der Minister bis jetzt sein Versprechen einlöst.

Abg. Libel vertheidigt sich gegen die ihm vom Abg. Wader gemachten Vorwürfe, als habe er gesagt, die Stadt Konstanz sei abschließend vernachlässigt. Das habe er nicht sagen wollen und nicht gesagt. Ein Mißverständnis war da gar nicht möglich, und die Waderschen Vorwürfe waren daher unbegründet. Wenn er einen Vorwurf hätte erheben wollen nach irgend einer Seite, so wäre er Waders gemüthlich entgegen zu thun. Besonders betone er, daß er auch gegen seinen Vorgänger, den Herrn Benedy, keinen Vorwurf erheben wollte; er sei überzeugt, daß Herr Benedy in jeder Sache ebenso dachte, wie er. Waders Angriff sei rein persönlichen Motiven entsprungen, was sowohl aus dem Ton, wie aus dem Inhalt hervorgeht, daß Wader ähnliche Absichten, wie er sie brauchte, bei anderen Kollegen ruhig passiren ließ. Warum Wader ihm persönlich so feindselig gesinnt sei, wisse er nicht; er habe Herrn Wader nicht gekannt. Ich hätte von dem Abg. Wader erwarten können, daß er in Berücksichtigung meines Alters und meiner Stellung, seinen Ton gegen mich etwas gemildert hätte. Wenn es den Abg. Wader ärgere, daß Wader jetzt Konstanz vertritt, so hoffe er, daß er diesen Sitz auch einem liberalen Nachfolger abtreten, ja daß hierin ein Beharrungszustand in dieser Hinsicht eintrete. Er bedaure diese persönliche Abwehr machen zu müssen, denn er sei in den friedlichen Absichten gekommen, um die Parteigegegnisse nicht zu verschärfen, sondern zu mildern, und er werde sich bemühen, daß diesem Mißton die Harmonie wieder folgen werde.

Abg. Obkircher spricht ebenfalls über die Eintragung kirchlicher Grundstücke ins Grundbuch, er hält die Ausführungen Dieterle's für unzutreffend. Der Erlaß des Oberstiftungsraths sei nicht in allen Theilen glücklich gefaßt gewesen, er veranlasse die Annahme, daß auch viele Grundstücke, die nur vermuthlich der Kirche gehörten, als thatsächliches Eigenthum der Kirche angesehen wurden, er führte also zu Mißverständnissen, um so mehr als die Mißverständnisse in vielen Fällen durch sachliche sehr unklar seien. Die Geistlichkeit warf sich mit aller Wucht auf die in dem erwähnten Erlaß gemachte Anordnung; daraus ist ihr kein Vorwurf zu machen, und die Gemeindeglieder sind ihr dabei oft sehr gern beifällig; in Folge dessen kamen mancherlei thatsächliche Mißverständnisse vor, es wurden ganz willkürliche Eintragungen gemacht. Sogar bestehende Grundbucheinträge wurden als nicht bestehend angesehen, was allerdings über die Absichten des Oberstiftungsraths hinausging, aber dennoch war Anlaß gegeben, daß das Ministerium des Innern den Rechtsstandpunkt klarlegte; sobald eine Gemeinde Rechte aufgeben will, ist die Staatsgenehmigung nöthig; so verlangt es die Gemeindeglieder, damit war aber das Ministerium einer gültigen Regelung nicht entgegen. Es spreche auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß den politischen

Gemeinden auch Kirchthurn, Uhr und Glocken gehören, denn sie haben die Hauptpflicht. (Dieterle: Woher denn, Hauptpflicht und Gebrauchsrecht sind doch kein Eigenthumsrecht.)

Abg. Dieterle glaubt den Ausführungen Obkircher's, der sich als freiwilliger Regierungskommissär aufspielte, noch entgegen treten zu müssen. Die zu Unrecht gemachten Einträge kamen vor dem Erlaß des Oberstiftungsraths vor, und zwar mehr zum Vortheil der politischen Gemeinden als der Kirchgemeinden, und deshalb war auch ein Gesetz gemacht, welches eine friedliche Verständigung bezweckte. Bei Durchführung dieses Gesetzes war es dann nöthig, daß der Oberstiftungsrath die Unterbehörden veranlasse, die Augen offen zu halten. Daß die Civilgerichte Streitfälle entscheiden sollen, war auch die Absicht des Kultusministeriums. Hauptsächlich kommt die volle friedliche Verständigung noch zu Stande. Wenn die geistlichen und die kirchlichen Behörden aufgeregt wurden, so hatten sie nach den Vorkommnissen allen Anlaß dazu. Auf die juristischen Fragen wolle er jetzt nicht eingehen, sondern, wenn nöthig, ein anderes Mal, da heute die Zeit schon zu weit vorgeschritten sei. Abg. Obkircher nimmt nicht den Titel eines freiwilligen Regierungskommissärs für sich in Anspruch; er wolle nur auf Grund seiner Kenntnisse gegen einen ungerechten Angriff auftreten; die von ihm bezeichneten Fälle seien gerade nach dem Erlaß des Oberstiftungsraths vorgekommen.

Abg. Krichle verweist sich gegen den Ausdruck „Kirche“, als habe er in seiner Stellungnahme gegen die Landescredittafel nicht pflichtgemäß gehandelt. Präsident Ganner mißbilligt den Ausdruck, wenn er mit der Absicht gebraucht würde, zu beleidigen. Abg. Dieterle betont dem Kollegen Obkircher gegenüber, daß er dem von Obkircher erwähnten Artikel der „Köln. Volkszeitung“ vollständig fernstehe. Was Obkircher juristisch vortrage, habe für ihn (Wader) gar keinen Gedanken enthalten, den er nicht kannte. Er verjage also auf ein juristisches Privatgespräch von Obkircher, wenn es nicht eine Schandthat für Eisenlohr sein sollte.

Abg. Wader wollte mit seinem Ausdruck „nicht pflichtgemäß“ Niemand beleidigen; er könne sich hier doch nicht so salonfähig ausdrücken.

Abg. Wader befreit, daß er dem Kollegen Libel persönlich feindselig gesinnt sei oder ihn lächerlich machen wolle. Das sei ihm ferngelegen. Es sei auch nicht wahr, daß er Neulinge überaus streng behandle; als „altes Haus“, um diesen sündentüchtigen Ausdruck zu gebrauchen, hätte er Libel gerade so behandelt. Er wolle auch nicht, wer es Libel gesagt haben könne; es handele sich um etwas Neuliches allerdings in „Volksfreund“, aber noch mehr über Libel schrieb, und er empfehle ihn deshalb dem Herrn Libel zur Lesüre.

Zum Schluß werden die gestern mitgetheilten Anträge angenommen. Damit ist die Finanzdebatte erledigt.

Tagesordnung für die 25. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer auf Donnerstag, den 1. Februar, Vormittags 10 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großherzoglichen Staatsministeriums und des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten für 1900 und 1901. Berichterstatter: Abgeordneter Hug.

Baden.

Karlsruhe, 30. Jan. S. K. S. der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Majors v. Pannwitz entgegen und empfing dann den Oberstleutnant A. D. Freiherrn v. Wobman von Wilmshausen. Zur Frühjahrsreise erschienen S. K. S. die Prinzessin Wilhelme und S. K. S. Prinz Max. Nachmittags 4 Uhr ertheilte S. K. S. der Großherzog dem Freiherrn v. G. die Erlaubnis, die Besuche des Geheimen Staatsraths Dr. Freiherrn v. Wado und des Legationsraths Dr. Seb. Alvens beabsichtigten die Großherzoglichen Herrschaften das Lustspiel in der „Gintraut“ zu besuchen.

Karlsruhe, 30. Jan. S. K. S. der Großherzog haben sich unter dem 22. d. M. gnädigst bewegen gefunden, dem früheren Redakteur der „Preisgauzer Zeitung“ Dr. Ferdinand Biffing in Freiburg das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vom Jahngänger Löwen zu verleihen.

Karlsruhe, 31. Jan. Der letzte Tag der allgemeinen Finanzdebatte scheint untern Nationalliberalen bei Weitem nicht mehr so gut gefallen zu haben, wie der Anfang mit seinen Friedenssicherungen. Insbesondere empfanden sie es sehr unangenehm, daß der Centrumsfraktion in dem Abg. Dieterle ein neuer kenntnisreicher und schlagfertiger Debattirer entgegenstand. Die „Badische Landeszeitung“ meinte, welche ihre Wälder und Vergleiche noch immer mit geläuterten Gesinnungen dem Gebiete der Zoologie entnimmt, spricht davon, daß sich dem „Löwen von Jahngänger“ jetzt der „Tiger von Dogen“ gesellt habe! Und doch hat Herr Dieterle nicht das Mindeste von aggressiver Kampfstimmung gezeigt. Müdig und sachlich behandelte er zunächst die schwebenden wirtschaftlichen Fragen, und an der Art, wie er über die Wahlreform sprach, äußerte sich selbst die nationalliberale Presse nicht auszuweisen. Reichlich ist ihr dagegen ganz offenbar der Hinweis auf die verschiedenartige Behandlung von Wahlprotesten sonst und jetzt gewesen. Auch der Spott über die Forderung, daß die Mittelschichten, denen man die Verbindung von Flottenvermehrung, nicht minder die Zugehörigkeit zu religiösen Korporationen erlaubt werde, nimmt sich etwas gewaltig an, denn die Inkonsequenz liegt hier klar zu Tage. Um einen Erfolg dieses Belangens glauben wir freilich vorerst noch nicht, so wenig wir uns denken können, daß der Kultusminister gegen die Bildung liberaler Professorenringe an den Hochschulen einzuschreiten geneigt oder auch nur mächtig genug sein werde. Eine Angelegenheit von hervorragender Bedeutung verliert der Redner mit der Kritik, die er an dem Verfahren bei der Eintragung des kirchlichen Eigenthums in das Grundbuch übte. Es ist unklar, daß hier mancherlei Umstände das katholische Volk mit Verwirrung zu erfüllen geeignet sind. Vor Allem erscheint es bedenklich, die Entscheidung in Streitfällen gerade auf diese Gebiete den Verwaltungsbehörden zu überlassen, statt sie, wie alle anderen Eigenthumsfragen, den bürgerlichen Gerichten zuzuwenden. Daran wird weder durch die Ausführungen des Ministers Eisenlohr über die Möglichkeit verschiedener Anschauungen und über seine guten Absichten etwas geändert, noch durch die mit anpruchsvoller Würde vortragene, aber leider nicht ganz unbedingte Rechtslehre des Abg. Obkircher, der überdies, als er die Frage des Eigenthums an Thurm und Glocken streifte, jede Einsicht in die geschichtliche Entwicklung der Verhältnisse vermissen ließ. Alles in allem genommen war der katholische Oberstiftungsrath

durchaus befugt, in seinem Erlaß auf die Möglichkeit einer Gefährdung kirchlicher Rechte aufmerksam zu machen und der Herr Minister hatte keine Ursache, ihn deshalb eines „tumultuarischen Vorgehens“ zu beschuldigen. Bedauerlich ist es, daß dieser Vorwurf heute unwiderlegbar und ungemildert blieb. Gehörte der Tag ganz vorwiegend dem Abgeordneten Dieterle, so wählte sich doch auch die zweite für das Centrum neigende Kraft, der Abg. Geyper, durch seine sachlichen Darlegungen und durch das dankenswerthe Verständnis für die Interessen seines Wahlbezirks höchst vortheilhaft einzuführen. Schließlich griff dann noch der Abg. Wader wiederum sehr bezeichnend in die Verhandlungen ein. Mit besonderem Interesse wird man überall die Erklärung aufnehmen, welche der Parteiführer auf die Anknüpfung des Abg. Wittum hin über seine persönliche Stellung zur Frage der Flottenvermehrung abgab. Sie lautete ebenso sehr bezeichnend wie die großen Aufgaben der Reichspolitik vor dem Vorrang des wahrhaften Volksvertreters vor der Aufzählung neuer Listen auf schwache Schultern.

Karlsruhe, 31. Jan. In dem Parlamentsbericht der „Konst. Ztg.“ über die Sitzung vom 26. Januar heißt es u. A. wie folgt: „In seiner heutigen Rede knüpfte nun der Abgeordnete Wader an die Rede des Abg. Libel an, in einer Weise, die nur zu deutlich zeigte, wie ungenau ihm die Anwesenheit eines liberalen Vertreters von Konstanz ist, den er gerne von vornherein diskreditiren möchte. Er führte aus: Auf der antiliberalen Seite des Hauses sei das Bestreben der Sachlichkeit immer vorhanden gewesen. Dem Abgeordneten Waders sei man Anerkennung und Dank schuldig, daß er die Hoffnung ausgesprochen, man werde auch auf diesem Landtag erprießlich arbeiten können, das sei ihm er so gewesen. Am sprach Wader gegen die Rede Libel's mit dem ihm eigenen scharfen geistigen Ton. Die Verleumdung der Stadt Konstanz mit dem Abscheu sei ein überlegener Scherz gewesen, wenigstens schmeie er auf dem Papier fixirt gewesen zu sein (wie läppisch einem Redner wie Libel gegenüber).“

Was an dieser Bemerkung „geistig-lehrhaftes“ gewesen sein soll, ist uns räthselhaft. Thatsache ist und bleibt, daß selbst „ein Redner wie Libel“ sich bei jenem Anlaß ganz ängstlich an sein Konzept gehalten hat. Das hätte man doch von einem Manne, dem ein so großer Ruf vorausging, am allerwenigsten erwarten sollen. Wenn man dem Glauben schenken wollte, was in liberalen Wäldern über ihn zu lesen war, mußte man ja annehmen, der Parteiführer sei ein wahrhaftiger Zwerg gegenüber dem Geistesriesen, den Konstanz heuer in's Palament schickte. Heute wird man in liberalen Kreisen — von der liberalen Fraktion wissen wir es genau — wesentlich anders urtheilen, als die „Konstanz Zeitung“ es gethan hat. Dieser Empfindung wollte Abg. Wader offenbar Ausdruck geben und wir meinen, er habe es in einer ungewöhnlich sehr milden Form gethan. Aber gerade der Umstand, daß er dem allgemeinen Mißbehagen ist, scheint Herrn Libel erst recht rabiat gemacht zu haben. Wie konnte er sonst gestern im Laufe ganz sachlicher Verhandlungen mit einer rein persönlichen Verleumdung heranzutreten, die den mißsam verhaltenen Willen sofort extornen ließ.

Herr Libel hatte gestern übrigens ebenso wenig Glück, wie heute. Auch dieses Mal hat er wieder stark „gepfiffen“. Herr Libel wandte sich gegen den Centrumsführer Wader, dem er Feindseligkeit gegen seine Person vorwarf. Herr Wader that ihm ab mit einem Hinweis auf den „Volksfreund“, welcher über das erste Auftreten Libel's schrieb: „Herr Libel ging ein großer Aufwasch. Er wurde als der kommende Mann der Nationalliberalen geschildert. Und jetzt?“

Es fiel ein Meißel in der Frühjahrsnacht, Der hat die Wälder umgebracht. Herr Libel hat sich gestern selbst um seinen Ruf geredet. Es war eine Art Renommee-Selbstmord, den er begangen. Der Mann ist nicht gefährlich, haben sich wohl die im Wader gelagt, als der neue Abgeordnete von Konstanz sich wieder gezeigt hatte. Und so ist es. Herr Libel ist in der That als Redner eine ungewöhnliche Erscheinung. Seine Rhetorik ist eine seltsame Mischung von allerlei Sorten von Beredsamkeit. Halb Rhetoriker, halb Redaktor, halb Bureaucrat, halb Lyriker, so spricht er eine äußerst blühende Sprache; es muß in seiner Rede förmlich duften, wenn er redet. Daß diese blumigen Rede gefährlich sind, hat er gestern erfahren müssen. Wenigstens hat es ganz fühlende Seelen nicht unangenehm berührt, daß er die Stadt Konstanz mit einem Abscheu verächtlich und gleich darauf behauptete, es seien in der Stadt „andere Umstände“ eingetreten. Allem Anschein nach hat Herr Libel beabsichtigt, mit seiner Jungerede über die Stadt Konstanz und der Belobigung der „trefflichen“ Konstanz Stadtbehörden sich in wirksamen Gegenlag zu dem früheren Vertreter von Konstanz, Herrn Benedy, zu stellen, der ja die Interessen seiner Stadt nach nationalliberaler Behauptung im Landtag nicht gut vertreten habe. Unser Ansicht nach ist der beabsichtigte Effect von dem Redner erreicht worden. Herr Libel's erstes Auftreten hat außerordentlich kontrastirt mit der schlichten, trockenen und sympathischen Art seines Vorgängers, des Konstanzers Rechtsanwalts Benedy. Nicht über, Herr Libel!

Karlsruhe, 31. Jan. Die Budgetkommission genehmigte 136,000 Mark zum Anlauf eines Hauses in der Dürckstraße; dorthin soll für den Minister des Innern eine Dienstwohnung hergerichtet werden.

Karlsruhe, 30. Jan. Die „Bad. Landesztg.“ kommt noch einmal in einem längeren Artikel auf den „Fall Anselmet“ zurück. Dem betreffenden Herrn Kaplan wird beifällig eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes vorgeworfen; auf der anderen Seite soll er Ansetzungen gebraucht haben, durch welche sich die Protestanten beleidigt fühlen. Der Stadtrath hat die Entfernung des Herrn Anselmet von den städtischen Schulen verlangt. Herr Anselmet befreit zum Theil die Wahrheit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und hat selbst eine Unteruchung bei der vorgelagerten Behörde beantragt. Wir selbst, 3. 1. sind nicht in der Lage, zu entscheiden, was wahr und was falsch ist, und warten deshalb das Ergebnis der Untersuchung ab. Die „Bad. Landesztg.“ aber kann sich nicht enthalten, diesen Fall zu verallgemeinern und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, die für den Status wie für die kirchliche Behörde beleidigender Natur sind; sie schreibt: „Die Schule soll den Reim friedlichen Verhaltens in die jugendlichen Gemüther einpflanzen, nicht aber den des fanatischen Hasses. Freilich ist der Herr Kaplan in gewissem Sinne nur ein Opfer seines Berufes, denn sein Verhalten ist der Ausdruck des unbilligen Geistes, der den jungen Klerikern in den Konviten und Seminarien eingeplant wird, und der Staat erntet in solchen Fällen nur, was er sät hat. Alle Nachgiebigkeit gegen den andringenden Ultramontanismus wurde nun des konfessionellen Friedens willen gelobt — an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Selbst wenn hier in einem einzelnen Falle gefehlt worden wäre, so kann man doch hierfür alle die vielen katholischen Geistlichen nicht verantwortlich machen, die in Kirche und Schule durchaus fortreifend wirken und ihre Pflicht tadellos erfüllen. Kommen denn nicht auch auf

protestantischer Seite Ausschreitungen vor? Sind nicht auch von Protestanten Aeußerungen über die katholische Kirche und ihre Anhänger zu verzeichnen, die den Katholiken großes Kergerniß bereiten haben? Man braucht bloß verschiedene Jahrgänge der „Bad. Landesztg.“ zur Hand zu nehmen und man wird Beispiele in Fülle und Fülle finden.

Stoßach, 30. Jan. Bei gestriger Ausschusswahl haben die Klassen der Nieder- und Mittelbeutenen oppositionell gewählt, bei heutiger Wahl der Höchstbeutenen ist Sieg der Opposition nicht ganz ausgeschlossen. Bravo! (Fr. Stimme).

Kleine badische Chronik.

— Aus der Ortenau, 30. Jan. In vergangener Nacht trat heftiger Schneefall ein, so daß heute der Schnee halbfußhoch liegt. Es schneite auch heute früh weiter.

Oppenau, 30. Jan. Einen höchst zeitgemäßen Beschluß faßte die Gemeinde Maifach, indem sie vollständiger Einkünfte das Schulgeld aufgehoben wurde.

Freiburg, 29. Jan. Eine neue katholische Studentenkorporation trat mit gestriger Tage an der hiesigen Hochschule in's Leben. Es ist dies die von der „Brigoviva“ abgewiegte „Banaria“, welche, wie errieth, dem Verbande der katholischen Studentenvereine Deutschlands (nichtfarbentragend) angehört.

Aus Baden, 29. Jan. In Seckingen hat sich der Schlägler Schreiner Josef Wiffinger erhängt und in Fängen der ledige Math. Kaufmann von Aulinger erschossen. — Dieser Tage kam mit gestricheltem Hals, den Körper stolz in die Höhe gerichtet, eine Gans mit einem Portemonnaie im Schnabel auf die Linderei-Berfläche des Josef Wieland in Reidenstein angelassen. Im dem Portemonnaie befanden sich 54 Pf., 2 Manchetentücher mit der Aufprägung Hopen und Malz, Gott erhalt's. So etwas ist gewiß noch nicht dagewesen. — Am Montag wurde im Malscher Landgraben eine Fohelle im Gewicht von 140 Pfund gefangen, und zwar in der Nähe bei der Jäger'schen Sägemühle; sie wurde alsbald gefangen und als sie an das Land gebracht wurde, erwies sie sich als ein Hochzeitsgast.

lokales.

Karlsruhe, 31. Januar.

— S. Gr. S. Prinz Maximilian von Baden hat sich heute Vormittag 11,42 Uhr nach München begeben.

Der erste diesjährige Festball-Maßstab findet, wie schon angekündigt, nächsten Sonntag, 3. Februar, statt. Wie bisher werden auch bei diesem Male Preise im Gesamtwert von 800 M. für die schönsten und originellsten Einzelkostüme und Gruppen ausgesetzt. In die Ball- und Konzertmusik theilen sich die vollständigen Stappeln des 1. Badischen Leib- Grenadier-Regiments Nr. 109 und des 1. Bad. Leibdragonerregiments Nr. 20. Zur bequemeren Besichtigung des Balles wurden auf der Gallerie nummerirte Ballonplätze eingerichtet, die sich schon bei den Wäldern in den letzten Jahren lebhafter Nachfrage erfreuten.

In der Vertheilung des Herrn Professor Wähling ist an der Stelle, wo von dem jetzigen Stand der Eisenbahnrente die Rede ist, nicht 5/16, sondern 4/16 pSt. zu lesen. Der Irrthum beruht auf einem Druckfehler.

Konstant v. Brückwitz. Von afrikanischen Kriegsschauplatz kommt über London die Meldung, daß der deutsche Leutnant Brückwitz, der i. J. in hiesiger Stadt zu einer traurigen Verhütung gelangt war und sich nach seiner Beendigung dem Burenheer zum Kampf gegen die Engländer angeschlossen, auf dem Felde der Ehre den Tod erlitten habe. Damit dürfte das von Brückwitz begangene Verbrechen entsprechende Sühne gefunden haben und der irdischen Gerechtigkeit Genüge geschehen sein.

Vom Wetter. Nachdem wir seit Neujahr fast durchweg frostfreie Witterung und sehr viel Regen zu verzeichnen hatten, ist gestern und heute ziemlich starker Schneefall eingetreten; derselbe scheint von längerem Bestand zu sein, da seit einigen Tagen die Temperatur merklich gesunken ist.

Selbstmord. In verlassener Nacht hat sich ein in der Kaiserstraße wohnhafter Studirender aus Dresden in seiner Wohnung erschossen. Die Wunde zur That ist nicht bekannt.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. London, 30. Jan. Die Brigade Lord Dunsdon's traf am Samstag am oberen Engela ein. Die Brigade Lyttelton hat dort ihre ursprüngliche Stellung.

London, 30. Jan. Eine Meldung der „Central News“ aus Durban berichtet als Nachricht, die von einem Fährschiff aus Transvaal übermittelte wurde, am 20. Januar sei in Johannesburg die von Buren in einer ehemaligen Maschinenfabrik seit Anfang des Krieges eingerichtete Geschosshabrik aufgelassen und vollständig zerstört worden. Die Fabrik soll in voller Arbeit gewesen und der Verlust an Menschenleben groß sein. Der Schaden für die Artillerie der Buren sei, wenn die Nachricht sich bestätigt, bedeutend, da nur noch in Pretoria eine kleine Geschosshabrik besteht, die für den Krieg nicht genüge. Die Einfuhr von Geschossen aber stößt bekanntlich auf Schwierigkeiten. (Köln. Ztg.)

Pretoria, 31. Jan. Reuter meldet aus Colesberg vom 27. d. s. Kommandant Delarey berichtet, daß am Donnerstag starke englische Abtheilungen, die vordrängen, angegriffen und mit schweren Verlusten zurückgeschlagen wurden. General Grobler berichtet: Seit Tagesanbruch ist ein heftiges Geschütz im Gange; die Engländer versuchten mit einer starken Streitmacht die Stellungen der Buren zu umfassen. Schömann, der auf seiner Hut war, kam Grobler zu Hilfe und kehrte Abends 8 Uhr zurück. Er meldet, daß die Engländer geschlagen worden seien und daß die Buren ihre Stellungen behaupteten. Die Verluste der Engländer sollen sehr bedeutend sein. Auch ein anderer Bericht, die Stellung der Buren zu umfassen, wurde verneint.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. Jan. Die Besorgnis, daß Herr Dr. Lieber durch Krankheit der Mitwirkung am Flotten-gesetz entgegen werden könnte, ist beseitigt. Er befindet sich in seiner Wohnung, die er schon seit langer Zeit in dem Hause der grauen Schwestern inne hat, auf dem Wege erfreulicher Besserung. Zu denen, die theilnahmevoll nach dem Befinden des Centrumsführers erkundigt haben, gehören auch der Reichstagsler Fritz Hohenlohe und Minister und Staatssekretäre.

Gandel und Verkehr.

Frankfurt (Main), 30. Jan. (A. d. N. d. B. d. S.) Kreditaktien 235.10 b. Diskontokomm. 195.20 b. Deutsche Bank 210.25 b. Dresdner 164.50 b. Darmstädter 145.50 b. Handelsbank 171.20 b. Berliner Bank 116.20 b. Nationalbank 148 b. Effektenbank 127.20 b. Breslauer Diskontobank 117.20 b. Staatsbahn 75.20, 60 b. Lombarden 27.80 b. Henri 114.60, 80 b. Norther 75.20, 30 b. Gotthard 142.15 b. Central 144.25 b. Nordost 93.95 b. Union 79.95 b. Jura-Simplon 88.15 b. Alpb 123 b. Italiener 94.35 b. Serben 62.65 b. Mexikaner 26.30 b. Proc. amori. do. 42.05 b. Spanier 68.60 b. Portugiesen 23.50 b. Bodener 271.10 b. Galenischen 204.70, 30 b. Nap. 217.90, 218.10, 217. b. Sib. 231.70, 30 b. Bauab.

255. — 264.90 b. Kontinentale Elektrizität 114.20 b. Rhein-Weiß. Kalkwerke 138.80 b. Mchereleben 153. — b. Bad. Zuderfabrik 75.60 b. Westeregeln 214. — b. Friedrichshütte 171.50 b. Allgemeine Lokal- und Straßenbahn 181.75 b. Guano 110.20 b. Konforbia 318.60 b. Caro-Hegenfeldt 179 b. Waffeln 190.30 b.

Berlin, 30. Jan. Spiritus 50er — 70er 46.80.
Samburg, 30. Jan. Kaffee good average Santos. Schluss für März 35.25 Pf., für Mai 36. — Pf.
Magdeburg, 30. Jan. Auktionsbericht. Kornzuder 10 Pf., 88 Proz. Rendement 10.45—10.60, Nachprob. 10 Pf., 76 Proz. Rend. 8.25—8.45. Fein. Vrottraffina 1. 23.75 —, —, Vrottraffin 2. 23.50 —, Raffinade mit Fein 23.50 —, —, Gem. Mehl 1. mit Fein 23. —, —, Steig. Mohndel 1. Produkt Transit f. a. B. Hamburg für Januar 9 75. — G. 9.85. — Br. für Februar 9.77 1/2 G., 9.80 — Br. für März 9.80 — G., 9.85. — Br., für Mai 9.90 G., 9.92, 50 Br., für Oktober-Dezember 9.42, 50 G., 9.50 — Br. Aufg.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.
 Cheaufgebote: 29. Jan. Rudolf Linde von Mariendorf, Wiedner in Baden, mit Karoline Wolf von hier. — Friedrich Eipste von Freudenstein, Badter hier, mit Wilhelmine

Zimmermann, Wittwe, von Leberg. — Franz Daub von Singheim, Wierführer hier, mit Pauline John von Sternfels. — Hugo Büttner von Mergentheim, Schuhmacher hier, mit Karoline Kraft von Königsbach. — Gottlieb Wörz von Thalheusingen, Hausdiener hier, mit Marie Holzschuh von Jungingen.

Geschlechtsungen: 30. Januar. Markus Huber von Mering, Wiedner hier, mit Benedikta Gerle von Weitenung. Richard Grobe von Speyer, Schlosser hier, mit Katharine Lieb von Hilsbach. — Robert Hum von Schaffhausen, Ausläufer hier, mit Friede Schuhmacher von hier. — Leonhard Delling von Gmüdingen, Schreiner hier, mit Katharina Häfner von Galshausen.

Geburten: 29. Jan. Frieda Veriba, Vater Friedrich Wrenk, Kutscher. — 29. Jan. Otto Hermann Richard, Vater Gustav Kirchmann, Monteur. — Edwin, Vater Albert Wilt, Buchdrucker. — 24. Jan. Anna Emilie, Vater Josef Cenz, Schreiner. — 25. Jan. Johanna Eugenie Wilhelmine, Vater Josef Schmitt, Schuhmacher. — 26. Jan. Rudolf Karl Wilhelm, Vater Rudolf Julius Goerke, Bezirksfeldwebel. — Friedrich Wilhelm Karl, Vater Jakob Stiel, Tapezier. — 27. Jan. Marie, Vater August Gayer, Kaufmann. — 28. Jan. Ernst Emil, Vater Heinrich Bode, Zimmermann. — Luise

Gedwig, Vater Franz Wobganuth, Bahnarbeiter. — Josefina Noia, Vater Ludwig Gröninger, Tagelöhner. — 29. Jan. Alois Lothar Josef, Vater Georg Lothar Schaff, Malermeister. **Todesfälle:** 28. Januar. Luise, alt 5 Jahre, Vater Ludwig Knoch, Schneider. — Margarethe, alt 4 Monate 21 Tage, Vater Heinrich Brinmann, Zuschneider. — 29. Jan. Peter Eder, Modellschreiner, ein Wittwer, alt 70 Jahre. — Karl, alt 8 Monate 9 Tage, Vater Verthold Bachmann, Bierbrauer. — Silba, alt 2 Monate 11 Tage, Vater Georg Müller, Schühmann. — Elise, alt 6 Jahre, Vater Franz Mutterer, Konditor. — Karl, alt 1 Tag, Vater Karl Eppel, Verfilberer. — Gisa, alt 7 Monate, Vater Camill Egenhofer, Kaufmann.

Auswärtige Todesfälle.

Brandfal: Marie Anna Horlacher geb. Hammer, 51 J.; Josef Wörz geb. Dreyfuß, 86 J. — **Karlsruhe:** Marie Schindwein geb. Huber, 24 J. — **Friedingen:** Bonaventur Spirt, Altbürgermeister, 68 J. — **Baden-Baden:** Frz. Kav. Gugert, Kontrolleur. — **Zauberhofsheim:** Franz Xaver Holzinger, Lithograph, 75 J.

Tageskalender.

Mittwoch, den 31. Januar:
 Katholischer Männerverein „Constantia“. Halb 9 Uhr Vereinskab. Bad. Reichsbürgerverein. Halb 9 Uhr Zusammenkunft in der Burg Hohenzollern. Gesangsverein Germania. Halb 9 Uhr Probe. Karlsruher Kymnogenklub. 9 Uhr Vereinsabend im Feingart. Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung. Stenographenverein Stolze-Schreb. Halb 9 Uhr Praktische Übung Markgrafenstraße 41. Schachgesellschaft. Halb 9 Uhr Nebungsabend im Kaiserhof. Stenotachygraphie. Halb 9 Uhr Nebungsabend im Lokal.

Herrenhemden

in allen Weiten, aus prima Stoff gearbeitet, mit feinem fein. Einfaß, gut sitzend, versendet unter Nachnahme 1/2 Dugend M. 20.
Franz Tauer, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 112.

DIE-WOCHE

hat jetzt mehr als

300,000

zahlende Abonnenten.

Das ist ein Erfolg, wie noch keiner auf dem Gebiete des deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenwesens jemals zu verzeichnen war.

Abonnements und Einzelverkauf durch: **Georg Guddat, Buchhandlung, Markgrafenstr. 26,**
 Hauptvertriebsstelle der „Woche“ Karlsruhe i/B.

Codes-Anzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Gatten, Vater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager, **Isaias Kastner,** Alt-Rathschreiber, heute Vormittag 1/10 Uhr, nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbsakramenten, im Alter von 67 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Um stille Theilnahme und um das Almosen des Gebetes für die Seele des Verstorbenen bittet im Namen der trauernd Hinterbliebenen **Karl Kastner, Kaplan.** Malsh und Offenburg, den 30. Januar 1900. Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 1. Februar, Vormittags 1/10 Uhr, in Malsh.

Bekanntmachung.
 Nr. 4615. Die Vertilgung von Raupen betr. Alle Obstbäume, Bierbäume und Gesträucher in Gärten und Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen und Wegen, sowie an Eisenbahndämmen sind in der Zeit von jetzt ab bis Mitte Februar 1900 von Raupennestern zu reinigen und letztere zu vertilgen. Wir werden nach dem 15. Febr. 1900 Nachschau halten lassen, ob die Vertilgungsarbeit vorgenommen wurde, wo dies nicht geschehen, das Nötige auf Kosten der Stämmigen vornehmen lassen und gegen letztere strafend einzuschreiten. Karlsruhe, den 6. Oktober 1899.
Bürgermeisteramt: Kraemer.

Bekanntmachung.
 Nr. 1580. Zur Durchführung der Bestimmungen in § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes über die Bildung der Lohnklassen, sowie mit Rücksicht darauf, daß auch die allgemeine Ortskrankenkasse künftig die Beiträge und das Krankengeld nach Lohnklassen zu bemessen beschlossen hat, ist es unerlässlich, daß bei den Anmeldungen zur Kranken- und Invalidenversicherung der Lohn des Anmeldehenden genau angegeben wird. Anmeldungen, welche die Lohnangabe nach Tagen, Woche, Monat, Vierteljahr oder Jahr nicht enthalten, werden daher von der Meldestelle zur Vervollständigung zurückgewiesen. Karlsruhe, den 29. Januar 1900.
Arbeiterversicherungs-Kommission: Siegrist, Schumann.

St. Josefshaus.
 Am Freitag, den 2., und Sonntag, den 4. Februar, jeweils Nachmittags 4 Uhr, veranstalten die Rächschülerinnen des St. Josefshaus im Saale des **Café Nowack** folgende **Theateraufführungen:**
 1. Die Villa bei Amalfi, Lustspiel in 2 Akten;
 2. Lioba, Schauspiel in 3 Akten.
 Zur Deckung der Kosten und zum Besten der Anstalt wird ein kleines Eintrittsgeld erhoben. Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Runkelrüben, 50 Centner, werden zu kaufen gesucht. Angebote sind bis 3. Februar ds. Jrs. anher einzureichen. Karlsruhe, den 29. Januar 1900.
Stadtgarten-Verwaltung.
 Bringe hiermit meine **Wachstöcke und Kerzen** in empfehlende Erinnerung. **Josef Riegel, Angartenstr. 55,** bei der Viehfrauenkirche.

Aufkündigung.
 Aus dem Nachlasse des Müllermeisters Franz Anton Steiner von Rinklingen wird auf Antrag der Erben am **Samstag, den 24. Februar 1900, Nachmittags 6 Uhr, zu Rinklingen eine Kundennähle (3 Mahlgänge, 1 Dreschmaschine und 1 Gypsmühle) zu Eigentum öffentlich versteigert,** wobei der Zuschlag beim Gebot des Anstchlags ertheilt wird. Das in unmittelbarer Nähe des Viehtener Güterbahnhofes gelegene Anwesen würde sich auch gut für einen kleineren Fabrikbetrieb eignen. Wasserkraft circa 15 Pferdekräfte. Dabei circa 1 Hectar Wiesen und Garten. Anschlag 30,000 Mark. — Anzählungen sind 11,000 Mark, der Rest in 2 Raten zu je 10,000 Mark. — Mitversteigert werden noch circa 1 Hectar Wiesen und circa 4 Hectar Acker. Bretten, den 30. Januar 1900.
Gr. Notariat I: Wadler.

Bekanntmachung.
Den Fortbildungsunterricht betreffend.
 Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die Fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mk. bestraft (M. 2 deselben §). Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge u. s. w., die von auswärts hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten, oder nur verfuhrs- oder probeweise aufgenommen sind. Karlsruhe, den 10. Juli 1897.
Das Rektorat: G. Specht, Stadtschulrat.

Färberei und chemische Waschanstalt
 vorm. **Ed. Printz** Act.-Ges.
 Kaiserstrasse 65, Kaiserstrasse 193, Kaiserstrasse 245, Erbprinzenstrasse 10 und Schützenstrasse 8.
 Anerkannt beste Bedienung bei mässigen Preisen.

Sammelt gebrauchte Briefmarken
 Schöne religiöse Andenken, hauptsächlich Kreuzkreuzen, Rosenkränze, Medaillen von St. Antonius und vom hl. Bernhard von Prag werden gesucht. — Anfragen und Sendungen richtet man an den Director des Wilmshausen'schen St. Ludwigs (Wilsb.).

Lehrling gesucht.
 Suche auf Ostern für mein Kolonialwaaren- und Delikatessen-Geschäft einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Menschen als Lehrling. Demselben ist Gelegenheit geboten, sich in allen Theilen des Geschäftes reichlich auszubilden.
Karl Lang, Karlsruhe, Adlerstraße 36.

Gänselebern
 werden fortwährend angekauft **Kreuzstraße 10,** 1 Stiege hoch, bei der Kleinen Kirche.
 Verantwortlich:
 Für den politischen Theil: **Jacobus Frege.**
 Für kleine badiische Chronik, Lokales Vermischte Nachrichten und Gerichtssaal: **Her mann Wagner.**
 Für Feuilleton, Theater, Concerte, Kunst und Wissenschaft: **Geinrich Vogel.**
 Für Handel u. d. Verkehr, Haus- und Landwirtschaft, Inserate und Klammern: **Geinrich Vogel.**
 Sämmtliche in Karlsruhe. Notations-Druck und Verlag der Aktien-gesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Geinrich Vogel, Director.